

## Ulis Newsletter zur Corona-Krise vom 15.06.2020

Liebe Freundinnen und Freunde,

Rassismus und Ausgrenzung sind neben Corona ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt. Sie dürfen in Baden-Württemberg keinen Platz haben. Es ist ermutigend, dass auch an diesem Wochenende wieder viele Menschen im Land friedlich auf die Straße gegangen sind und ein deutliches Zeichen gegen Diskriminierung gesetzt haben. Leider zeigen die Zahlen unserer Landesantidiskriminierungsstelle und der lokalen Beratungsstellen einen besorgniserregenden Trend: Die gemeldeten Diskriminierungsfälle haben sich in Baden-Württemberg seit Beginn der Antidiskriminierungsberatung im Jahr 2015 **verdreizehnfacht** und liegen zusammengefasst pro Jahr im mittleren dreistelligen Bereich – bei steigender Tendenz. Wir dürfen deshalb in der Politik, aber auch der Zivilgesellschaft nicht nachlassen, weiterhin entschieden und engagiert gegen jegliche Form der Ausgrenzung und Hetze vorzugehen. Wir müssen uns gegen die Verrohung der Sprache auch und gerade in den sozialen Netzwerken wehren, wo die Hemmschwelle für Hassbotschaften und wüste Pöbeleien immer mehr zu sinken scheint. Wir müssen immer wieder in unserem Alltag aufstehen und uns gegen den noch immer starken Alltagsrassismus wehren.

Im Anhang möchte ich euch heute besonders auf das Memorandum für einen starken öffentlichen Gesundheitsdienst hinweisen, an dem der Dossenheimer Grünen-Gemeinderat und Fraktionsvorsitzende Friedeager Stierle mitgewirkt hat. Herzliche grüne Grüße, Uli

### Entwicklung der Corona-Fallzahlen

#### **Bundesebene:**

15.06.2020: 186.461 Fälle insgesamt (& 192); 8.791 Todesfälle (& 4)

(Quelle: RKI, online aktualisiert um 8:00 Uhr)

#### **Landesebene:**

15.06.2020: 35.154 Fälle insgesamt (& 60); 1.808 Todesfälle (& 3); 32.878 genesen (& 116).

Die Zahl der aktiven Fälle liegt im Land mit **468 Fällen** einmalig tief.

(Quelle: Sozialministerium BW, 16 Uhr)

#### **Kreisebene:**

15.06.2020: 971 Fälle insgesamt (- 1 infolge Korrektur); 40 Todesfälle (-); 922 genesen (& 3).

Die Zahl der aktiven Fälle liegt im gesamten RNK mit **9 Fällen** erneut auf einem **Rekordtief**.

(Quelle: Gesundheitsamt RNK, 12.30 Uhr)

**Bitte beachten:** Die Landes- und Kreiszahlen umfassen die Meldungen vom 13., 14. und 15. Juni 2020.

## **Corona-bedingte Nachrichten**

### **Inland**

#### **Die Förderrunden für den „Kultur Sommer 2020“ sind freigegeben**

Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst hat kurzfristig ein Unterstützungsprogramm „Kultur Sommer 2020“ aufgestellt, das jetzt in die erste Runde geht. Das Programm, das kleinere analoge Veranstaltungen und Veranstaltungsreihen fördert, ist in insgesamt vier Antrags- bzw. Förderrunden unterteilt. Anträge können weiterhin bis 15. Juli 2020 über die Homepage des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst eingereicht werden: <https://bit.ly/2MQGghd>.

Antragsberechtigt sind Kultureinrichtungen und Vereine der Breitenkultur in Zusammenarbeit mit freischaffenden Künstlerinnen und Künstlern. Die Anträge werden nach Eingang durch eine externe Jury bewertet, die Förderentscheidungen erfolgen etwa vier Wochen nach Antragseingang. Das Kunstministerium hat den Zeitraum zur Realisierung der Projekte auf den 30. September 2020 erweitert. Die maximale Fördersumme beträgt 50.000 Euro; die Mindestfördersumme umfasst 5.000 Euro.

Alle Informationen rund um den sogenannten „Masterplan Kultur“ findet gibt es hier: <https://mwk.baden-wuerttemberg.de/de/kunst-kultur/kultursparten/unterstuetzung-kulturbetriebe-coronavirus/masterplan-kultur/>

#### **Attestpflicht für Lehrkräfte ab dem 29. Juni**

Lehrerinnen und Lehrer müssen künftig ein Attest vorlegen, um vom Präsenzunterricht befreit zu werden. Aktuell können sich Lehrerinnen und Lehrer, die zu Risikogruppen für einen schwereren Krankheitsverlauf bei einer Infektion mit dem Corona-Virus gehören, noch über ein Formblatt von der Präsenzpflcht befreien lassen und von zu Hause aus arbeiten. Diese Vorgehensweise beruhte auf der bisherigen Einschätzung des Robert-Koch-Instituts (RKI) zur Einstufung in Risikogruppen. Das RKI hat seine Einschätzung allerdings mittlerweile an neue Erkenntnisse angepasst und hält statt einer generellen Einstufung in Risikogruppen eine personenbezogene Risikobewertung für sinnvoller. Für Lehrkräfte bedeutet dies, dass eine Befreiung von der Präsenzpflcht vom 29. Juni an nur noch auf der Grundlage eines ärztlichen Attests möglich ist. Aus dem ärztlichen Attest muss dabei hervorgehen, dass für die jeweilige Person im Falle einer Infektion ein erhöhtes Risiko für einen schweren SARS-CoV-2-Krankheitsverlauf besteht.

## **Kein Zwang bei Corona-Warn-App**

Die intensiv diskutierte Corona-Warn-App wird morgen von der Bundesregierung, dem Robert-Koch-Institut und den beteiligten Unternehmen offiziell vorgestellt.

Im Vorfeld hatten zuletzt die Verbraucherzentralen darauf bestanden, dass die künftige Corona-Warn-App tatsächlich freiwillig bleibt. Auch die Grünen und die Linken im Bundestag hatten ein Gesetz verlangt, um eine mögliche Diskriminierung auszuschließen. Grünen-Chef Robert Habeck bekräftigte die Forderung nach einem eigenen Gesetz für die App, um Missbrauch zu verhindern und Vertrauen bei den Bürgern zu schaffen. „Vor allen Dingen mit Blick auf die Zukunft - wer weiß schon, welches Virusgeschehen wir demnächst noch haben werden“, sagte er.

Der Chef des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv), Klaus Müller, sagte: „Es darf nicht sein, dass Arbeitgeber, Restaurants oder staatliche Behörden die App-Nutzung als Zutrittsvoraussetzung definieren und damit die Freiwilligkeit schleichend zum Zwang machen. Das Prinzip der Freiwilligkeit sei essenziell, müsse nun in der Praxis aber angewendet und auch kontrolliert werden.“

Generell gehe die App in die richtige Richtung, sagte Müller. Die Entscheidung für eine dezentrale Datenverarbeitung erhöhe den Datenschutz und minimiere die Gefahr des Datenmissbrauchs. Covid-19 werde aber nicht per App verschwinden. „Politik und Gesellschaft sollten aus den App-Daten deshalb keine voreiligen Schlüsse zur Bewertung von Ausgangsbeschränkungen, Hygienemaßnahmen oder individuellen Gesundheitszuständen ziehen.“

Der Regierungssprecher Steffen Seibert betonte, die rechtlichen Anforderungen an die App seien durch die Datenschutzgesetze wie die europäische Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und die geltenden rechtlichen Regelungen zum Verbraucherschutz bereits erfüllt.

<https://www.verbraucherzentrale-bawue.de/wissen/digitale-welt/apps-und-software/coronawarnung-per-app-fragen-und-antworten-zur-geplanten-tracingapp-47466>

## **Hilfe für Studenten ab Dienstag per Online-Antrag**

Studenten, die wegen der Corona-Krise finanzielle Probleme haben, können nun endlich online die lange erwartete Nothilfe beantragen. Die entsprechende Antragsplattform soll laut Aussagen der Bundesregierung morgen freigeschaltet werden. Der Bund stellt für die Nothilfe 100 Millionen Euro zur Verfügung. Die Hilfe komme viel zu spät und reiche nicht aus, kritisierte die Opposition.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft forderte eine Aufstockung auf eine Milliarde Euro und rief gemeinsam mit Studentenvertretern zu einer erneuten Demonstration an diesem Samstag in Berlin auf.

Betroffene, denen in der Krise beispielsweise der Studentenjob weggebrochen ist, können bis zu 500 Euro pro Monat bekommen. Gezahlt wird die Hilfe für maximal drei Monate (Juni,

Juli, August). Der Antrag muss jeden Monat neu gestellt werden. Die Gelder müssen nicht zurückgezahlt werden. Die Höhe bemisst sich nach dem aktuellen Kontostand.

Beantragt werden kann das Geld ab Dienstag 12 Uhr über die Internetseite [www.überbrückungshilfe-studierende.de](http://www.überbrückungshilfe-studierende.de). Antragsteller müssen unter anderem ein Ausweisdokument hochladen und die Kontoauszüge aller Konten seit Februar oder März - ohne darauf etwas zu schwärzen - um nachzuweisen, dass bestimmte Einkünfte seitdem nicht mehr eingegangen sind.

<https://www.gew.de/presse/pressemitteilungen/detailseite/neuigkeiten/gew-studierenden-hilfe-aufstocken-bafoeg-reformieren/>

### **Der Bund will 218,5 Milliarden Euro neue Schulden aufnehmen**

Wegen der Corona-Krise will die Bundesregierung in diesem Jahr so viele neue Schulden aufnehmen wie noch nie. Finanzminister Olaf Scholz (SPD) plant mit einem zweiten Nachtragshaushalt in Höhe von 62,5 Milliarden Euro, wie am Montag aus dem Finanzministerium verlautete. Damit steigt die geplante Neuverschuldung für das laufende Jahr auf 218,5 Milliarden Euro. Kabinett und Bundestag müssen dem zweiten Nachtragshaushalt noch zustimmen. Die Größenordnung wird bei einem Vergleich klar: Finanzminister Scholz will fünfmal so viele Schulden aufnehmen wie im Rekordjahr der Finanzkrise.

<https://www.zeit.de/wirtschaft/2020-06/haushalt-bund-will-218-5-milliarden-neue-schulden-aufnehmen>

### **Bund steigt bei Biotech-Unternehmen CureVac ein**

Im weltweiten Rennen um einen Impfstoff gegen das Coronavirus steigt der Bund beim deutschen Biotech-Unternehmen CureVac ein. Wie Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) am Montag sagte, übernimmt die staatliche Förderbank KfW für 300 Millionen Euro rund 23 Prozent der Anteile. Ziel sei, dem Unternehmen von Mehrheitseigner Dietmar Hopp finanzielle Sicherheit zu geben. Auf Geschäftsentscheidungen wolle der Staat keinen Einfluss nehmen. Die Firma mit Sitz in Tübingen forscht seit Januar an einem Impfstoff.

Altmaier sagte, die Beteiligung sei zugleich industriepolitisch von hoher Bedeutung. Wichtige Forschungsergebnisse und Technologien würden in Deutschland und Europa gebraucht. Hintergrund sei auch das Konjunktur- und Zukunftspaket der Bundesregierung in der Corona-Krise.

Auch in der Branche war am Montag von einem guten Signal die Rede, dass sich die Bundesregierung in dieser Form für Biotech-Unternehmen engagiere. Darin werde auch eine Reaktion auf den wachsenden Druck der USA um prioritäre Zugänge zu einem Impfstoff gesehen.

Weltweit gab es nach Angaben des Verbands forschender Pharma-Unternehmen (vfa) vom Mai mehr als 120 Impfstoff-Projekte, von kleinen Firmen wie Biontech aus Mainz oder CureVac in Tübingen bis zu Konzernen wie Sanofi und GlaxoSmithKline. Doch wann eine Impfung zugelassen wird, weiß derzeit niemand.

<https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/coronavirus-wirtschaft-aktuell-1.4936366>

<https://www.curevac.com/de/news/german-federal-government-invests-300-million-euros-in-curevac>

### **ZEW: Jeder dritte Kurzarbeiter hat Angst um seinen Job**

Die Beschäftigten in Deutschland halten ihre Arbeitsplätze trotz der Corona-Krise nach Angaben der Ökonomen des Mannheimer „Leibniz-Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung“ (ZEW) großteils für sicher. Unter Kurzarbeitern wächst allerdings die Angst vor dem Jobverlust, wie aus einer am Montag veröffentlichten Untersuchung des ZEW hervorgeht. So hält etwa ein Drittel der Befragten in Kurzarbeit den eigenen Arbeitsplatz für „akut gefährdet“.

<https://www.zew.de/de/presse/pressearchiv/ein-drittel-der-deutschen-kurzarbeiter-fuerchtet-um-den-arbeitsplatz/>

## **Ausland**

### **US-Behörde widerruft Corona-Genehmigung für Malaria-Medikament**

In den USA hat die Lebensmittel- und Arzneimittelbehörde (FDA) ihre Ausnahmegenehmigung für ein Malaria-Medikament zur Behandlung von Covid-19-Erkrankungen widerrufen. Es sei angesichts der bisherigen wissenschaftlichen Erkenntnisse «unwahrscheinlich», dass Hydroxychloroquin bei der Behandlung der Lungenerkrankung wirksam sei, erklärte die FDA am Montag. Zudem habe der Einsatz des Medikaments «ernsthafte» Nebenwirkungen, darunter Herzprobleme, weswegen die Ausnahmegenehmigung widerrufen werde, hieß es weiter.

<https://www.n-tv.de/panorama/18-07-US-Behoerde-widerruft-Genehmigung-fuer-Trumps-Wundermittel--article21626512.html>

### **Erneuter Corona-Ausbruch in China: Neu entdecktes Virus hat andere Gen-Sequenz**

Am Samstag war in der chinesischen Hauptstadt bereits den Bewohnern von elf Wohngebieten im südlichen Bezirk Fengtai das Verlassen ihrer Wohnungen untersagt worden, nachdem sich dort das Coronavirus ausgebreitet hatte. Diese Fälle verfolgten die Behörden zu einem Großmarkt für frische Lebensmittel in Fengtai zurück, der ebenfalls geschlossen wurde. Eine vorläufige Sequenzierung des Genstamms ergab nach offiziellen

Angaben, dass das neu entdeckte Virus anders ist als der Typ, der das Land vorher heimgesucht hat. Das berichtete der Epidemiologe des örtlichen Gesundheitsamtes, Zeng Guang, laut Angaben der Global Times vom Sonntag. Die Global Times ist eine der zwei landesweiten englischsprachigen Tageszeitungen in China. Sie erscheint unter der Schirmherrschaft der Renmin Ribao, dem Parteiorgan der Kommunistischen Partei Chinas.

Um die Herkunft des aktuellen Virus' zu ermitteln, sollen die Ergebnisse mit Analysen aus anderen Ländern verglichen werden. Bislang wurde das Virus bis zu einem Hackbrett auf dem Xinfadi-Großmarkt in Peking zurückverfolgt. Auf dem Brett war importierter Lachs verarbeitet worden. China importiert Lachs aus mehreren Ländern, zum Beispiel Chile, Australien, Norwegen, Kanada und von den Färöer-Inseln.

Selbstverständlich sind diese Angaben mit der gebotenen Vorsicht zu würdigen.

<https://www.merkur.de/welt/coronavirus-china-peking-lachs-markt-ausbruch-news-zahlen-infektionen-aktuell-zweite-welle-zr-13794008.html>

### **Tokio besorgt über erneuten Anstieg bei Corona-Infektionen**

Ein erneuter Anstieg der Zahl neuer Corona-Infektionen in Tokio schürt die Sorge vor einer zweiten Infektionswelle. Wie der japanische Fernsehsender NHK am Montag berichtete, stieg die Zahl der täglichen Neuinfektionen auf 48 und liegt damit nun seit zwei Tagen in Folge über der Marke von 40. Am Vortag waren es 47 Fälle gewesen. An Tokios Börse sorgte der erneute Anstieg in der japanischen Hauptstadt zum Wochenauftakt für fallende Kurse.

Als Problemzone wurde Tokios nächtliches Amüsierviertel Shinjuku mit seinen Hostessbars ausgemacht. 20 der 48 am Montag gemeldeten Neuinfektionen betrafen unter anderem Mitarbeiter solcher Hostessclubs, wie örtliche Medien berichteten.

Japan hatte gegen Ende Mai den Notstand im ganzen Land aufgehoben, da die Krise so gut wie unter Kontrolle gebracht worden sei. Während des Notstands war die Bevölkerung aufgerufen, möglichst zu Hause zu bleiben. Ausgangssperren wie in Europa sind rechtlich nicht möglich. Wegen der globalen Pandemie waren die in diesem Sommer in Tokio geplanten Olympischen Spiele auf das nächste Jahr verschoben worden.

[https://www.deutschlandfunk.de/japan-tokio-besorgt-ueber-erneuten-anstieg-bei-corona.2932.de.html?drn:news\\_id=1141394](https://www.deutschlandfunk.de/japan-tokio-besorgt-ueber-erneuten-anstieg-bei-corona.2932.de.html?drn:news_id=1141394)

### **Nachrichten – (fast) ohne Corona**

#### **Sonderprogramm gegen Rechtsextremismus zügig umsetzen**

Heute wurde der aktuelle Verfassungsschutzbericht im Land vorgestellt. Als größte Gefahr hat sich im Jahr 2019 der Rechtsextremismus erwiesen. Die Bedrohung durch den Islamistischen Extremismus bleibt weiterbestehen und der Linksextremismus ist am Erstarken, so das offizielle Statement des zuständigen Fachministers.

Ich habe gegenüber der Presse angemerkt: Ein moderner Verfassungsschutz muss die verdeckten Strukturen und tieferliegende Zusammenhänge demokratie- und menschenfeindlicher Gruppierungen und Personen in den Fokus nehmen. Dazu gehört aus unserer Sicht vor allem mehr Austausch mit der Wissenschaft und mehr interdisziplinäre Zusammenarbeit von Experten aus unterschiedlichen Disziplinen – in allen Bereichen. Mit Blick auf die zunehmende Radikalisierung von Rechtsextremisten und die teils erschreckende Gewaltbereitschaft der Szene, insbesondere von militanten Kleinstgruppen und stark radikalisierten Einzeltätern - auch im Internet – war es zwingend, dass wir das Landesamt für Verfassungsschutz über ein ‚Sonderprogramm Rechtsextremismus‘ mit neuen Stellen und einer eigenen Abteilung gegen Rechtsextremismus ausstatten. Wir erwarten, dass diese Abteilung jetzt zügig an den Start gehen wird. Dieser Fokus muss ergänzt werden durch ein konsequentes präventives sowie strafrechtliches Vorgehen gegen rechtsextreme Bestrebungen und Hasskriminalität – etwa über besondere Zuständigkeiten für die Bekämpfung von Hasskriminalität beim Staatsschutz in den regionalen Polizeipräsidien und eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft Rechtsextremismus und Hasskriminalität. Pflichtfortbildungen zu diesen Themen für Verfassungsschutz, Polizei und Justiz müssen ausgebaut und gestärkt werden.

<https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/verfassungsschutzbericht-2019-vorgestellt-1/>

### **Das SIPRI-Jahrbuch zeigt: Wir brauchen dringend neue Impulse für die nukleare Abrüstung**

Weltweit lagern noch immer mehr als 13 000 nukleare Sprengköpfe in den Arsenalen der Atommächte. Die Gesamtzahl der Atomwaffen auf der Erde ist im vergangenen Jahr zwar um etwa 3,5 Prozent weiter zurückgegangen, wie aus dem am Montag veröffentlichten Jahresbericht des Stockholmer Friedensforschungsinstituts Sipri hervorgeht. Dennoch seien alle Atommächte dabei, ihre Kernwaffen weiter zu modernisieren, teilten die Friedensforscher mit. Den ausführlichen Bericht findet Ihr hier:

<https://www.sipri.org/yearbook/2020>

Zum neuen Jahrbuch des Friedensforschungsinstituts Sipri erklärt Katja Keul, Sprecherin der Grünen Bundestagsfraktion für Abrüstungspolitik: Dass das renommierte Friedensforschungsinstitut das Thema Atomwaffen dieses Jahr ins Zentrum stellt, zeigt noch einmal die Notwendigkeit atomarer Abrüstung. Umso unverständlicher ist es, dass die Bundesregierung auf diese brisante sicherheitspolitische Lage nicht reagiert, sondern in der Frage der Atomabrüstung alles beim Alten belässt.

Anstatt auf Abrüstung zu setzen, will die Bundesregierung durch die Beschaffung neuer Trägersysteme die deutsche Teilhabe am Einsatz von Atomwaffen unbefristet verlängern. Jetzt ist ein energisches Eintreten für atomare Abrüstung nötig. Dazu würde als erster Schritt der Abzug der Atomwaffen aus Deutschland gehören. Die Bundesregierung darf deshalb keine neuen atomwaffenfähigen Flugzeuge beschaffen.

<https://www.heise.de/news/Friedensforscher-Modernisierungskurs-bei-Atomwaffen-haelt-an-4783482.html>

### **Expertenkommission empfiehlt große Reform der Energiepreise**

Eine von der Bundesregierung eingesetzte Expertenkommission empfiehlt eine umfassende Reform der Energiepreise in Deutschland. Um die Klimaziele erreichen zu können, sei der schnellstmögliche Wegfall von Umlagen und Steuern auf Elektrizität, sowie ein ambitionierter Preis für den CO<sub>2</sub>-Ausstoß erforderlich, betonte die Kommission zum Monitoring-Prozess «Energie der Zukunft» in einer am Montag veröffentlichten Stellungnahme. Eine Energiepreisreform und Maßnahmen zum klimaneutralen Umbau der Industrie würden auch die Konjunktur stützen.

<https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Artikel/Energie/monitoring-prozess.html>

### **Rhein-Neckar-Kreis**

#### **Es könnte ein „Waldsterben 2.0“ geben**

Die Sommermonate sorgen normalerweise dafür, dass es in den Wäldern im Rhein-Neckar-Kreis etwas ruhiger zugeht. Doch auch dieses Jahr führen zunehmende Trockenheit und fehlender Niederschlag dazu, dass sich der bedeutendste Forstschädling, der Buchdrucker, optimal entwickeln und verbreiten kann. Dadurch hat das Forstpersonal auch über die Sommermonate alle Hände voll zu tun. Das schreibt der Kreis in einer Pressemitteilung.

„Eigentlich ist es eher unüblich, im Sommer Holz in dieser Größenordnung zu ernten. Doch die Natur lässt uns keine Wahl. Wir müssen unbedingt versuchen, die Ausbreitung des Borkenkäfers einzudämmen. Sonst können wir in Zukunft wirklich vom ‚Waldsterben 2.0‘ sprechen. Dabei ist es aktuell wichtiger denn je, unsere Wälder zu schützen und zu bewahren“, erläutert der stellvertretende Forstamtsleiter Philipp Schweigler die aktuelle Situation. „Besonders wichtig ist die regelmäßige Kontrolle in Wäldern, in denen die Fichte vorkommt. Dabei kommt sie im Kraichgau und im Odenwald häufiger vor als in der Rheinebene. Die Fichtenbestände werden auf braunes Bohrmehl kontrolliert, das der Käfer beim Fressen im Baum hinterlässt“, so Schweigler.

<https://www.wnoz.de/Es-koennte-ein-Waldsterben-20-geben-a59738bb-cb67-4b05-b253-49e145e87ff1-ds>

## Tag für Tag – wichtige Informationsquellen

### Webseiten

#### Bundesebene und weltweit:

[https://www.rki.de/DE/Home/homepage\\_node.html](https://www.rki.de/DE/Home/homepage_node.html)

<https://www.youtube.com/playlist?list=PLRsi8mtTLFAyJaujkSHyH9NqZbgm3fcvy>

(Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung)

<https://www.bmbf.de/de/faktencheck-zum-coronavirus-11162.html>

(Faktencheck des Bundesministeriums für Bildung und Forschung)

#### Baden-Württemberg:

<https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/startseite/>

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/coronavirus-liveblogbw-100.htm>

<https://www.verbraucherzentrale-bawue.de/beratung-daheim>

#### Rhein-Neckar-Kreis:

<https://www.rhein-neckar-kreis.de/start/landratsamt/coronavirus+-+faq.html>

#### Wichtig für euren persönlichen Umgang:

[https://www.rhein-neckar-kreis.de/site/Rhein-](https://www.rhein-neckar-kreis.de/site/Rhein-NeckarKreis2016/get/params_E1009443154/2445770/Merkblatt_Coronavirus_Selbsteinsch)

[NeckarKreis2016/get/params\\_E1009443154/2445770/Merkblatt\\_Coronavirus\\_Selbsteinsch](https://www.rhein-neckar-kreis.de/site/Rhein-NeckarKreis2016/get/params_E1009443154/2445770/Merkblatt_Coronavirus_Selbsteinsch)  
[h%C3%A4tzung.pdf](https://www.rhein-neckar-kreis.de/site/Rhein-NeckarKreis2016/get/params_E1009443154/2445770/Merkblatt_Coronavirus_Selbsteinsch)

#### Wichtige Infos in anderen Sprachen:

<https://www.integrationsbeauftragte.de/ib-de/amt-undperson/informationen-zumcoronavirus>

#### Informationen in leichter Sprache:

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/coronavirus/coronavirusleichte-sprachegebaerensprache>

#### Hotlines Baden-Württemberg:

Telefonberatung für psychisch belastete Menschen: 0800 377 377 6 (täglich, 8 bis 20 Uhr)

Hotline Landesgesundheitsamt: 0711 904-39555 (Mo – Fr, 9 bis 18 Uhr)

Corona-Hotline für Unternehmen: 0800 40 200 88 (Mo – Fr, 9 bis 18 Uhr, kostenfrei)

Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“: 0800 011 6010 (aufgrund der Isolation rechnen Expertinnen und Experten mit einem Anstieg an Gewalt, insbesondere gegen Frauen – schrecklich!!)

Task Force „Beschaffung Schutzkleidung“: 0800 67 38 311 (Mo – Fr, 7 bis 22 Uhr; Sa – So, 9 – 18 Uhr) (Wer etwa Atemschutzmasken, Mundschutze etc. spenden will oder Ideen zur Bestellung hat, soll sich bitte hier melden)

**Rhein-Neckar-Kreis:** Hotline Gesundheitsamt Rhein-Neckar 06221 – 522 – 1881 (Mo – Fr, 7.30 – 19 Uhr)